

Die Zukunft des Ehrenamtes in Baden-Württemberg

Ein Positionspapier zur 18. Wahlperiode des Landtags Baden-Württemberg

Stand: 03. März 2026

Executive Summary:

Das Ehrenamt ist eine tragende Säule des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Baden-Württemberg. Millionen Stunden freiwilliger Arbeit werden jährlich in Sportvereinen, Kulturinitiativen, sozialen Einrichtungen, im Katastrophenschutz, in der Pflege, im Handwerk sowie in der Integrationsarbeit geleistet. Dieses Engagement erbringt Leistungen für die Gesellschaft, stärkt Demokratie und schafft soziale Bindung. Gleichzeitig gerät das Ehrenamt zunehmend unter Druck: wachsende Bürokratie, unsichere Förderstrukturen, rechtliche Risiken und Nachwuchsprobleme gefährden die Zukunft freiwilligen Engagements. Hinzu kommen angespannte kommunale Haushalte, die vielerorts zu Kürzungen bei Vereinen und ehrenamtlichen Strukturen führen.

Wir setzen uns als ehrenamtlich getragene Initiative dafür ein, das Ehrenamt strukturell zu stärken, politisch sichtbarer zu machen und dauerhaft abzusichern. Die Verbände und Vereine sind das Fundament der ehrenamtlichen Arbeit in Baden-Württemberg. Daher formulieren wir zentrale Erwartungen und Forderungen an die Landespolitik mit Blick auf die kommende Legislaturperiode. Diese betreffen überwiegend Zuständigkeiten des Landes Baden-Württemberg, beziehen aber bewusst auch bundespolitische Regelungen ein, auf die eine zukünftige Landesregierung über den Bundesrat Einfluss nehmen kann.

Unsere politischen Empfehlungen auf einen Blick:

A. Finanzierung, Strukturen und Anerkennung

- Zentrale Koordinierung des Ehrenamtes im Staatsministerium verankern
- Ehrenamt vor angespannten Kommunalfinanzen schützen
- Einrichtung eines zusätzlichen, zweckgebundenen Ehrenamtstitels im Landeshaushalt zur langfristigen Finanzierung
- Gesellschaftliche Anerkennung ehrenamtlichen Engagements stärken
- Einführung einer erweiterten, digitalen und landesweit finanzierten Ehrenamtskarte

B. Bürokratieabbau, Rechtssicherheit und Veranstaltungen

- Bürokratische Hürden für Vereine abbauen: Insbesondere bei Vereinsgründung, Förderabrechnung und laufender Verwaltung
- Genehmigungsverfahren für Veranstaltungen vereinfachen
- Sicherheit bei Veranstaltungen als staatliche Aufgabe begreifen
- GEMA-Gebühren für gemeinnützige, ehrenamtliche Veranstaltungen übernehmen
- Umsatzsteuerfreiheit für ehrenamtliche Veranstaltungen

C. Bildung und Qualifizierung

- Ehrenamt und Schule systematisch verbinden- Einführung eines Ehrenamtspraktikums
- Qualifizierung und Weiterbildung von Ehrenamtlichen stärken
- Freistellungsregelungen praxistauglich entwickeln
- Ehrenamt als Integrationsfaktor fördern

D. Förderung und Datengrundlagen

- Förderpraxis vereinfachen und verstetigen
- Spendenrückerstattung vereinheitlichen und erhöhen
- Ehrenamt wissenschaftlich besser erfassen
- Sozialabgaben für gemeinwohlorientierte Träger abschaffen
- Ehrenamtsinfrastruktur entlasten und fördern

A. Finanzierung, Strukturen und Anerkennung

Zentrale Koordinierung des Ehrenamtes im Staatsministerium verankern

Ehrenamt betrifft nahezu alle Politikfelder, wird bislang jedoch nicht systematisch als **Querschnittsaufgabe** behandelt. Eine strategische Steuerung fehlt. Daher braucht es eine klare institutionelle Verankerung des Ehrenamtes auf Landesebene.

Wir sprechen uns für die Einrichtung einer **zentralen landesweiten Stelle** aus, die das Ehrenamt ressortübergreifend koordiniert, politische Impulse setzt und als Ansprechpartnerin für Verbände, Kommunen und Ehrenamtliche fungiert. Diese **Stelle** sollte **im Staatsministerium** angesiedelt sein, um ressortübergreifende Wirkung zu entfalten.

Ehrenamt vor angespannten Kommunal финанzen schützen

Das Land **Baden-Württemberg sollte Verantwortung übernehmen** und das Ehrenamt vor den **Folgen kommunaler Haushaltskrisen schützen**. Dazu gehören zweckgebundene Landesmittel für ehrenamtsnahe Strukturen, Ausgleichsmechanismen für finanzschwache Kommunen sowie eine dynamisierte Förderung, die Kostensteigerungen realistisch abbildet.

Die **finanzielle Lage** vieler Kommunen und Landkreise ist **extrem angespannt**. **Ehrenamtliche Strukturen** geraten dabei besonders unter Druck, da sie häufig **als freiwillige Leistungen eingestuft** werden. Kürzungen bei Vereinsförderung, Nutzung öffentlicher Räume oder Zuschüssen gefährden die Arbeit vor Ort unmittelbar.

Einrichtung eines zusätzlichen, zweckgebundenen Ehrenamtstitels im Landeshaushalt zur langfristigen Finanzierung

Wir fordern einen **eigenen Ehrenamtstitel im Landeshaushalt** Baden-Württemberg. Dieser muss **zweckgebunden** sein, mit dem Ziel, mehr Menschen für ehrenamtliches Engagement zu gewinnen und zugleich denjenigen, die sich bereits engagieren, ihre Arbeit spürbar zu erleichtern. Dieser soll zusätzlich zu den Haushaltstiteln entstehen, die ehrenamtsrelevante Bereiche umfassen. Ehrenamt braucht **langfristige, planbare Finanzierung** und darf nicht ausschließlich über kurzfristige Projektmittel gesteuert werden.

Gesellschaftliche Anerkennung ehrenamtlichen Engagements stärken

Neben materieller Unterstützung braucht **Ehrenamt gesellschaftliche Anerkennung**. Diese muss sichtbar, verbindlich und alltagstauglich sein etwa durch eine gestärkte Ehrenamtskarte, **öffentliche Würdigungen, Anerkennungskultur** in Bildung und Beruf sowie eine stärkere **mediale Präsenz** des Ehrenamtes. Darüber hinaus fordern wir konkret:

- Eine **Anerkennung** ehrenamtlichen Engagements bei der **Berechnung der Rentenpunkte**
- Die **Anrechnung** von Ehrenamtsstunden in **Bildungsbiografien**
- **Ausstellung** von **Hochschulzertifikaten** für Ehrenamtsfortbildungen

Einführung einer erweiterten, digitalen und landesweit finanzierten Ehrenamtskarte

Wir fordern eine **erweiterte Ehrenamtskarte**, die vollständig **durch das Land finanziert wird**. Als Zeichen von Wertschätzung und gesellschaftlichem Stellenwert des Engagements sollte die Beantragung der Karte allen Ehrenamtlichen in Baden-Württemberg offenstehen, unabhängig von einer Anzahl geleisteter Stunden. Damit, Ehrenamtliche durch die Ehrenamtskarte in verschiedene Klassen einzuteilen, muss Schluss sein. Wer sich ehrenamtlich engagiert, zeigt Wertschätzung und verdient dafür auch Wertschätzung.

Kommunen sollen organisatorisch entlastet werden, während Ehrenamtliche landesweit vergleichbare Vorteile erhalten. Zentrales Element muss **eine landesweit bereitgestellte, kostenfreie Software bzw. App** sein, über die alle Vorteile transparent gebündelt und einfach nutzbar sind. Perspektivisch soll angeregt werden, diese Ehrenamtskarte in die **digitale Wallet integriert** werden, welche auf Bundesebene für 2027 angekündigt ist. Eine solche Integration sollte technisch geprüft werden und würde Prozesse vereinfachen.

B. Bürokratieabbau, Rechtssicherheit und Veranstaltungen

Bürokratische Hürden für Vereine abbauen: Insbesondere bei Vereinsgründung, Förderabrechnung und laufender Verwaltung

Auf Landesebene müssen **laufende Verwaltungsprozesse** durch pauschale Förderabrechnungen, digitale Meldesysteme und den konsequenten Abbau von Nachweis- und Berichtspflichten **vereinfacht** werden. Dabei sollen die **Vorschläge des Normenkontrollrats**, beispielsweise zur **Vereinbarkeit der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)** mit dem Ehrenamt, berücksichtigt werden.

Es soll zudem angeregt werden, auf Bundesebene eine **Vereinfachung der Vereinsgründung** für gemeinnützige Organisationen zu prüfen, etwa durch **digitale Verfahren, reduzierte Gebühren** oder eine Befreiung von der notariellen Beurkundung bei standardisierten Satzungen.

Vereine müssen **mehrere Stunden pro Woche zur Erfüllung bürokratischer Auflagen** aufwenden. Diese bürokratischen Anforderungen stellen dabei für viele Vereine eine **erhebliche Belastung** dar, welche endlich reduziert werden muss.

Genehmigungsverfahren für Veranstaltungen vereinfachen

Wir sprechen uns für **vereinfachte Wiederholungsverfahren** aus, etwa in Form eines Vertrauens- oder Anzeigeverfahrens für etablierte Veranstaltungen. Rechtlich ist dies möglich, sofern keine relevanten Änderungen vorliegen. Das Land sollte hier klare Leitlinien schaffen und Kommunen rechtssicher entlasten.

Ehrenamtlich organisierte Feste und Veranstaltungen sind zentral für das gesellschaftliche Leben, werden jedoch **zunehmend durch komplexe Genehmigungsauflagen erschwert**. Besonders problematisch ist, dass wiederkehrende Veranstaltungen jedes Jahr vollständig neu genehmigt werden müssen, selbst wenn Ablauf und Rahmenbedingungen unverändert bleiben.

Sicherheit als staatliche Aufgabe begreifen

Das Land, insbesondere das **Innenministerium**, muss Kommunen und Vereine durch klare Standards, Beratung und Kostenübernahme **unterstützen**. Ehrenamt darf nicht durch unkalkulierbare Haftungsrisiken abgeschreckt werden.

Die Anforderungen an Sicherheitskonzepte bei Veranstaltungen sind in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Haftungsfragen, insbesondere im Bereich der Sicherheit, überfordern viele Ehrenamtliche. **Aus unserer Sicht ist klar: Grundlegende Sicherheitsfragen auf öffentlichen Plätzen sind Aufgabe des Staates.**

GEMA-Kosten für gemeinnützige, ehrenamtliche Veranstaltungen übernehmen

Kulturelle und gesellschaftliche Veranstaltungen sind ein zentraler Bestandteil ehrenamtlicher Arbeit. **GEMA-Gebühren** stellen hierbei für viele Vereine eine **erhebliche finanzielle Hürde** dar und **gefährden** zunehmend die **Durchführung von Veranstaltungen**.

Wir fordern daher, dass das **Land** Baden-Württemberg die **GEMA-Kosten für gemeinnützige, ehrenamtlich organisierte Veranstaltungen übernimmt**, um kulturelles Leben und Vereinsarbeit nachhaltig zu sichern.

Umsatzsteuerfreiheit für ehrenamtliche Veranstaltungen

Ehrenamtlich organisierte Veranstaltungen dienen der Finanzierung gemeinnütziger Arbeit und verfolgen keinen unternehmerischen Gewinnzweck. Dennoch werden **Vereine im Umsatzsteuerrecht vielfach wie gewerbliche Betriebe behandelt**.

Wir fordern eine **umfassende Umsatzsteuerbefreiung für ehrenamtlich getragene Veranstaltungen gemeinnütziger Organisationen**. Das Land Baden-Württemberg soll sich hierfür im **Bundesrat** einsetzen und das Steuerrecht konsequent an der Gemeinwohlorientierung des Ehrenamts ausrichten.

C. Bildung und Qualifizierung

Ehrenamt und Schule systematisch verbinden- Einführung eines Ehrenamtspraktikums

Ganztagsschulen bieten **großes Potenzial für Kooperationen** mit Vereinen und Ehrenamtlichen. ZKE BW fordert, diese **Zusammenarbeit landesweit zu stärken** und strukturell abzusichern. Eine stärkere Einbindung kann zugleich einen **Beitrag zur Entlastung von Familien** und zur **Kinderbetreuung** leisten.

Darüber hinaus sprechen wir uns für die **Einführung** eines verpflichtenden **Ehrenamtspraktikums** für alle Schülerinnen und Schüler aus. Dieses Ehrenamtspraktikum soll **flexibel gestaltet** sein und die Besonderheiten ehrenamtlicher Arbeit berücksichtigen. Perspektivisch kann daraus eine **landesweite Ehrenamtswoche** entstehen, in der Vereine gezielt Nachwuchs auf Nachwuchs zu gehen.

Qualifizierung und Weiterbildung von Ehrenamtlichen stärken

Ehrenamtliche übernehmen zunehmend verantwortungsvolle Aufgaben, die Qualifikation erfordern. ZKE BW spricht sich **für landesweite Qualifizierungsfonds** aus, aus denen **Fortbildungen finanziert werden** können. Gleichzeitig müssen **Freistellungsregelungen weiterentwickelt** werden.

Freistellungsregelungen praxistauglich entwickeln

Das bestehende Freistellungsgesetz greift in der Praxis zu kurz, da Arbeitgeber den **Arbeitsausfall** tragen. Denkbar sind Ausgleichszahlungen, steuerliche Anreize oder Fondsmodelle, die **Arbeitgeber entlasten** und **ehrenamtsfreundliches Verhalten fördern**.

Ehrenamt als Integrationsfaktor fördern

Ehrenamt bietet **großes Potenzial für Integration**. Zugewanderte und Asylsuchende sollten stärker für ehrenamtliches Engagement gewonnen werden, beispielsweise durch **Information, Qualifizierung** und **niedrigschwellige Zugänge**. Anreize, Anerkennung und strukturelle Einbindung können einen wichtigen Beitrag leisten.

D. Förderung und Datengrundlagen

Förderpraxis vereinfachen und verstetigen

Die aktuelle Förderpraxis ist häufig projektbezogen, kurzfristig und bürokratisch. Wir fordern daher eine **nachhaltige, vereinfachte Förderpraxis mit mehrjährigen Förderlinien**, reduzierten Nachweispflichten und besserer Planbarkeit für ehrenamtliche Akteure.

Spendenrückerstattung vereinheitlichen und erhöhen

Aktuell ist die Spendenrückerstattung an Einkommensgruppen gekoppelt. Wir sprechen uns für eine **Vereinheitlichung der Spendenrückerstattung**, durch einen einheitlichen prozentualen Satz von **50 % unabhängig vom Einkommen**, aus. Die steuerliche Absetzbarkeit von Spenden ist bundesrechtlich geregelt, daher sollte das Land sollte hierzu über den **Bundesrat eine Initiative** anstoßen.

Ehrenamt wissenschaftlich besser erfassen

Wir fordern einen **jährlichen Ehrenamtsbericht** und **halbjährliche landesweite Studien**, die Engagementquoten, Bedarfe, regionale Unterschiede und Herausforderungen erfassen. Diese **Erkenntnisse müssen Grundlage politischer Entscheidungen werden**.

Sozialabgaben für gemeinwohlorientierte Träger abschaffen

Abschließend regen wir an, zu prüfen, ob gemeinwohlorientierte **Vereine und Verbände, die nachweislich gesellschaftlichen Mehrwert schaffen, bei Sozialabgaben als Arbeitgeber entlastet werden** können. Dies ist rechtlich komplex und überwiegend bundesrechtlich geregelt, dennoch sollte das Land **Modellprojekte prüfen** und sich auf Bundesebene für entsprechende Regelungen einsetzen.

Ehrenamtsinfrastruktur entlasten und fördern

Beim **Bau ehrenamtsrelevanter Infrastruktur** entstehen **für Kommunen zusätzliche Kosten**, unter anderem durch steuerliche Belastungen bei Eigenrealisierung. Hier sollte geprüft werden, ob **Kommunen bei Bauvorhaben** mit eindeutigem Gemeinwohl- und Ehrenamtsbezug **steuerlich bessergestellt werden** können, etwa durch **Ausnahmeregelungen** oder **Förderinstrumente**. Zudem soll auch über weiteren **Abbau von Bürokratie im Baurecht** nachgedacht werden. Ziel muss es sein, Ehrenamtsinfrastruktur nicht zusätzlich zu verteuern.

Schlusswort

Das Ehrenamt ist eine tragende Säule des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Baden-Württemberg. Getragen wird es von einer Vielzahl von Organisationen, Verbänden und Initiativen, die unsere Gesellschaft im Alltag zusammenhalten, ob im Sport, in der Kultur, im sozialen Bereich, im Umwelt- und Naturschutz, in der Jugend- und Bildungsarbeit, im Handwerk, in der Wohlfahrtspflege, im Katastrophenschutz sowie in zahlreichen weiteren Bereichen.

Ehrenamt ist jedoch keine Selbstverständlichkeit. Es braucht politische Verantwortung, verlässliche Strukturen und echte Wertschätzung. Baden-Württemberg hat jetzt die Chance, die Zukunft des Ehrenamtes in Baden-Württemberg positiv zu gestalten.